

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 3.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— Mk., für 1 Monat 3.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13 098.

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Petitzeile 1.25 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile mit Maxvorchrift 1.50 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.10 Mk. Die Reklame-Petitzeile 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Beginn des Friedens am 10. Januar.

### Neue Austausch der Ratifikationsurkunden.

Paris, 9. Januar. (W. Z. V.) Sonnabend, 4 Uhr nachmittags, findet im Ministerium des Auswärtigen die Zeremonie der Unterzeichnung des Protokolls statt, durch das der Waffenstillstand beendet wird, sowie der Austausch der Ratifikationen, durch den endgültig der Friedenszustand zwischen den Alliierten und Deutschland hergestellt wird. Die Zeremonie wird in zwei Teile zerfallen: Die Vertreter der fünf Mächte werden sich vorher im Kabinett des Ministeriums des Auswärtigen besprechen. Die Herren von Versner und von Simson werden hierauf eingeladen werden, im Namen Deutschlands das Protokoll vom 1. November zu unterzeichnen. Clemenceau wird ihnen sodann ein Schreiben überreichen, durch das die Alliierten sich verpflichten, die Bitter des für die Zerückung der Flotte in Scapa Flow verlangten Materials herabzusetzen. Der zweite Teil der Zeremonie findet unmittelbar im Anschluß daran im Hofsaal statt. Die Mächte, die den Friedensvertrag ratifiziert haben, werden dabei durch je einen Delegierten vertreten sein. Frankreich durch Clemenceau, England durch Lord George, Italien durch Miti u. s. w. Es wird ein Protokoll aufgestellt werden, daß sich in großen Zügen wie folgt darstellt:

Protokoll der Niederlegung der Ratifikation des Friedensvertrages, der am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde, einerseits von den 26 alliierten Staaten, andererseits von Deutschland, sowie über folgende Artikel: Das am gleichen Tage von denselben Mächten unterzeichnete Protokoll der Uebereinkunft vom gleichen Datum zwischen den Benechtigten Staaten, Belgien, dem britischen Reich, Frankreich und Deutschland betr. Befreiung der Rheinlande. Hierauf wird zur Niederlegung der Ratifikationen und ihre Uebereinkunft an die Regierung der französischen Republik geschritten, damit sie diese in ihrem Archiv deponieren kann. Dieses Protokoll wird auf einem Pergament in Quartformat aufgedruckt sein. Die Bevollmächtigten werden ihre Titel und Unterschriften beifügen. Dieser Austausch der Ratifikationen wird die unverzügliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland zum Ergebnis haben. Am Tage nach dem Austausch wird von Marcell als Geschäftsträger Paris verlassen, um sich nach Berlin zu begeben. Eine andere Folge wird die sofortige Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen sein. Damit der Austausch der Ratifikationen morgen erfolgen kann, muß die technische Kommission Leonard-Simon bis morgen 4 Uhr an der Arbeit sein. Die verwaltungsrechtlichen und die sich aus der Inkraftsetzung ergebenden Fragen sind geregelt. Heute nachmittag muß noch eine Sitzung der alliierten technischen Sachverständigen über die Auslieferung der deutschen Schuldigen stattfinden.

### Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Paris, 9. Januar. (Savas.) Lord George, Miti und Clemenceau hatten gestern Abend ihre erste Zusammenkunft. Mit den auf das Inkrafttreten des Friedensvertrages folgenden Tage, also Sonntag, werden die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen. De Marcell wird nach Berlin abreisen, wo er Frankreich als Geschäftsträger vertreten wird. Ebenso wird Lord Curzon unmittelbar nach der Ratifikation des Friedensvertrages am Sonntagabend London verlassen, um seine Tätigkeit als englischer Geschäftsträger in Berlin anzunehmen.

### Nach der Ratifikation.

Mit dem für Sonnabendnachmittag in Paris anberaumten Austausch der Ratifikationsurkunden und der darauffolgenden Erreichung des Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden tritt der Friede in Kraft. Zugleich werden die interalliierte Kommission für die besetzten rheinischen Gebiete, die Wiederherstellungskommission und die interalliierten Uebervachungskommissionen ihre Tätigkeit aufnehmen. Wegen des Beginns der Tätigkeit der übrigen im Friedensvertrag vorgesehenen Kommissionen werden seitens der Alliierten noch nähere Mitteilungen erfolgen.

Die Vorkommnisse melden aus Paris: Der Alliiertenrat hat auf Antrag Fochs beschlossen, daß die Zurückziehung aller in der neutralen Zone befindlichen Reichswehrtruppen mit Eintritt des Friedenszustandes innerhalb 14 Tagen erfolgen muß. Eine interalliierte Kontrollkommission werde die Ausführung der betreffenden Bestimmungen überwachen. Ueber die Zurückziehung von Polizeitruppen oder sonstiger bewaffneter Sicherheitsorgane ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

### Die Aussichten der englisch-russischen Verhandlungen.

Sowohl der britische Abgesandte O'Grady wie auch Litwinow sehen den Fortgang ihrer Verhandlungen äusserst an. O'Grady

ist in London einiges Nachgeben erreicht zu haben, Litwinow spricht sich direkt optimistisch aus. O'Grady soll mit größeren Machtvollkommenheiten ausgestattet sein und man glaubt, daß auch über anderes als die Gefangenensfrage verhandelt werde; vielleicht auch über die Aufhebung der Blockade.

Der Kopenhagener Korrespondent des Daily Herald glaubt, daß es O'Grady schwer fallen werde, Litwinow davon zu überzeugen, daß die englische Regierung ihre Botschaften ehrlich halten werde. Die einzige Garantie, die er habe, sei, daß O'Grady der Unterhändler sei. (O'Grady ist britischer Gewerkschaftler.)

Litwinow erklärte einem Interviewer, daß er im allgemeinen bei seinen Vorschlägen geblieben sei, und wenn O'Grady jetzt nach langen Konferenzen mit der englischen Regierung zurückkehre, so könne das nur ein Entgegenkommen Englands bedeuten. O'Grady werde die Regierung von der Wichtigkeit der russischen Vorschläge überzeugen. Friede werde früher kommen als man ahne. „Die Entente braucht Rußland; Amerika, Britanien und Frankreich brauchen unsere Rohmaterialien. Ein nicht blockiertes Rußland bedeutet eine vollständige Umwandlung der wirtschaftlichen Weltlage. Die französische Textilindustrie muß nach Rußland nachschöpfen. In Rußland liegen in 4000 000 Pfund Stahl zum Export bereit.“

### Eine Schwindelnachricht.

Die Telegraphen-Union hat unterm 9. Januar folgendes Telegramm aus Leipzig verbreitet:

### Generallstreik für Deutschland?

Leipzig, 9. Januar. (Z. V.) Die Leipziger Volkszeitung erfährt, wurde in einer Versammlung der Leipziger Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre mitgeteilt, daß über ganz Deutschland der Generallstreik erklärt werden soll, wenn das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung angenommen werden sollte.

Wir stellen fest, daß nicht ein Wort derart in der Leipziger Volkszeitung gefunden hat. Der Schwindel ist offenbar auf eine dumme Fehnotiz der Leipziger Neuesten Nachrichten vom Donnerstagabend zurückzuführen, wonach eine Versammlung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die am Sonnabend im Leipziger Volkshaus getagt habe, über das Betriebsrätegesetz beraten und dabei auch die Forderung aufgestellt habe, „daß die Nationalversammlung unter allen Umständen gezwungen werden solle, das Betriebsrätegesetz in einer Form anzunehmen, die den Wünschen der U. S. V. durchaus entspreche. Man wolle selbst vor dem Mittel des Generallstreiks nicht zurückschrecken.“

In Wirklichkeit war es eine Sitzung von Gewerkschaftsfunktionären, Vertretern der Gewerkschaftsvorstände und des Gewerkschaftsartikels, die jene Beratung abgehalten haben. Dabei ist zum Ausdruck gekommen, daß die Arbeiterschaft alles tun muß, um die Verbesserung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung zu erzwingen, daß sie dabei unter Umständen auch zu außerparlamentarischen Mitteln greifen muß. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Das ist der ganze Sachverhalt. Man vergleiche, was die U. V. daraus gemacht hat.

### Spaltung des Zentrums?

Der aus allen Teilen Bayerns stark besuchte Parteitag der bayerischen Volkspartei (Zentrum) hat in München mit überwältigender Mehrheit nach einem Antrag Dr. Heims die sofortige Lösung der Arbeitsgemeinschaft mit der Nationalversammlungsfraktion der christlichen Volkspartei, d. h. des Zentrums beschlossen, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß Erzbergers Stuttgarter Rede mit der Forderung des Einheitsstaates dem Faschismus mit der Forderung des Einheitsstaates dem Faschismus einstimmt abgelehnt und mit großer Mehrheit wurde weiterhin beschlossen, den Parteitag des Zentrums nicht zu beschicken.

Dieser letztere Beschluß läßt vermuten, daß die Spaltung der Fraktion von den Merkmalen Bayern zu einer Spaltung der Partei des Zentrums weitergetrieben werden soll. Indes da man wegen der bekannten Winkelzugtaktik der Zentrumsleute heute noch nicht bestimmte Schlüsse ziehen. Die Tatsachen sind abzuwarten. Kommt es wirklich zur Spaltung, so ist trotzdem ein enges Zusammenarbeiten der Merkmalen beider Richtungen sicher. Der Widerstand gegen den Einheitsstaat wird natürlich durch diese Stellung der bayerischen Zentrum sehr verhärtet.

### Senkerregime in Ungarn.

(b.) Am 21. März 1919, fünf Monate nach der Oktoberrevolution, war die Resolution, das ungarische Proletariat vor die Wahl gestellt: entweder Diktatur des Proletariats oder Diktatur der Bourgeoisie. Für die Sozialdemokratie war der Entschluß in der gegebenen Situation gewiß schwer — aber die Ereignisse haben gebrängt, die Entscheidung mußte getroffen werden.

Nach dem vierjährigen Kriege, das Land in 60 Prozent vom Feinde besetzt, aller Rohmaterialien beraubt, ohne ökonomische Vorbedingungen, mit politisch und gewerkschaftlich ungeschulten Massen die Diktatur des Proletariats aufzurichten, war gewiß ein gewagtes Unternehmen, aber den noch in diesem Zeitpunkt ein geschichtlich notwendiges Experiment. Hätte das Proletariat am 21. März die ohne Waffenkampf eroberte politische Macht nicht übernommen hätte die rohe und unbarmherzige Militärdiktatur schon an jenem Tage die Staatsmacht ergriffen.

Die politischen und ökonomischen Vorbedingungen waren aber nicht vorhanden; umzingelt von Feinden, Ententegeißel, Konterrevolution, vom rumänischen Angriff wurde nach schweren Kämpfen am 31. Juli die Räteregierung gestürzt.

Seitdem regiert in Ungarn der Senker; Galgen, weißer Barden, Mörderhorden, Massenmorde, Bajonettstiche und Kerker sind Mittel „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“, zur Lösung der Arbeiterfrage.

Und der weiße Terror verfolgt mit derselben Wut die Oktoberrevolution wie die proletarische Märzrevolution. Weiße Gardes, Monarchisten, Militaristen, die ganze reaktionäre Masse hat sich die Ausrottung der Reimber Revolution zum Ziel gesetzt, um die Macht der Bourgeoisie zu retten. Die Verfolgungen werden parallel durch die sogenannten gesetzlichen Mittel und durch Massenpogrome durchgeführt.

Alle Kämpfer der Revolution, ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, werden als Kommunisten bezeichnet. Die Kommunisten wurden für vogelfrei erklärt und werden von den weißen Barden der sogenannten nationalen Armee im besten Falle verhaftet, oft an Ort und Stelle erschlagen.

Die Ordnungsbestien „arbeiten“ diesmal gründlich. Galgen, der Muthund der Kommune, und die Helben des weißen Terrors in Finnland sind von den weißen Helben in Ungarn stark in den Schatten gestellt.

Alle Arbeiterräte und Funktionäre der Räteregierung wurden verhaftet und teilweise ohne gerichtliches Verfahren getötet. Nach dem ersten Wutausbruch gegen die Räteregierung wurde zum Lynchverfahren gegen Sozialdemokraten und Juden gegriffen. Eine wahre Pogromwut weht über das vielgeprüfte Land. Die nationale Armee besteht aus selbständigen Offiziersbänden, aus sogenannten Offiziersdetachements, die in einzelnen Bezirken als selbständige Kriegsherren auftreten. Die Barden des Barons Prónay, Hauptmann Freisberger, Oberleutnant Szilassy, Hauptmann Bibó und wie sie noch alle heißen, diese modernen Offiziersmörderbardenführer haben Tausende von Sozialisten ermordet.

In Kaposvár wurden elf Sozialisten, darunter der brave Genosse Latina, mit Gewehrkolben einfach erschlagen, der Genosse Hajdu durch Bajonettstiche schwer verwundet und nachher lebendig begraben. In Marcell haben die Ordnungsleute vierzehn Männer und drei Frauen getötet. In Sárospatak (Hauptquartier des Armeekommandanten Horváth) haben der Hauptmann Freisberger 42 Mann in einer Nacht erschlagen und aufhängen lassen. In Sárospatak wurden über 300 Leute getötet. In Sopron wurden die Genossen Kellner, Knapp und Erzbruder fürchterlich geschlagen, gemartert und nachher erschossen. In Bács hat Oberleutnant Kubovszky 16 Mann erschlagen lassen.

In Kecskemét haben die Barden, der Oberleutnant Hajas am 19. November die verhafteten Kommunisten und Sozialisten trotz des Protestes des Staatsanwalts Dr. Koracsony aus dem Staatsgefängnis geholt und haben 32 Mann im Walde bei Ergovány gehängt. Weitere 60 Mann — Juden und Sozialisten — wurden durch dieselben Barden in der Stadt Kecskemét und in Rajosmizse bei Nacht zusammengefangen und einfach getötet. Und diese Mörder werden nicht verurteilt, nicht bestraft, sondern